



Die Redaktion testet
So schmecken die
neuen Aromat-Chips. 7

ANZEIGE



KÜSSNACHT

Gegen Parkhaus Dorfhalde



Die Mitte will wegen hoher Kosten Standort Räbmatt prüfen. 11

REGION

Wohncontainer für Asylsuchende
Die SVP Einsiedeln lanciert eine entsprechende Initiative. 5

REGION

Esel-Glück in Morschach



Esel von Tierarzt Olivier Nussbaum begleiten den Samichlaus. 4

Völkermord: Jetzt droht Klage gegen den Kanton

Ein Jenischer lässt prüfen, ob Menschenrechte verletzt wurden.

Jürg Auf der Maur

Dem Kanton Schwyz droht eine harte Klage. Alois Kappeler, ein Jenischer, der während Jahren durch den Kanton Schwyz und den mittlerweile verstorbenen Schwyzer Amtschef von seinen Eltern und Geschwistern getrennt und in mehrere Psychiatrien eingewiesen wurde, hat die renommierte Völkerstrafrechtslerin Nina Burri beauftragt, juristische Schritte gegen den Kanton Schwyz zu prüfen und allenfalls anschliessend einzuleiten.

Unterstützt wird sie dabei von der Neuenburger Strafrechtsprofessorin Nadja Capus. Diese macht gegenüber dem «Beobachter», der diese Klagedrohung in der jüngsten Ausgabe öffentlich macht, brisante Aussagen. Es

«Wir sind dabei, die Akten zu analysieren, das braucht seine Zeit.»



Nina Burri
Anwältin

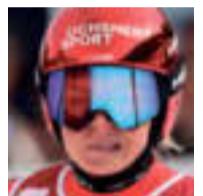
gebe «starke Indizien» dafür, dass sich der Schwyzer Beamte nicht nur des Straftatbestandes der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch des Völkermordes schuldig gemacht haben könnte.

Regierungsrat Meier gibt sich zurückhaltend

Wann es zur Anklage kommt, lässt Nina Burri noch offen: «Wir sind dabei, die Akten zu analysieren, das braucht seine Zeit.» Ihr Mandant sei aber wohl auch bereit, im Rahmen einer nationalen Lösung Hand zu bieten. Zurückhaltend gibt sich der zuständige Regierungsrat Damian Meier gegenüber dem «Beobachter». Er will sich zu einer allfälligen Klage nicht äussern und verweist auf den Gesamtregierungsrat. 5

Corinne Suter erneut im Pech

Ski alpin Corinne Suter fällt erneut verletzungsbedingt aus. Die Schwyzerin ist am Mittwoch beim Abfahrtstraining in St. Moritz gestürzt und hat sich einen Muskelfaserriss im linken Unterschenkel sowie eine Prellung des linken Kniegelenks zugezogen. Die 31-Jährige fällt somit rund einen Monat aus, wie Swiss Ski gestern mitteilte. Ein operativer Eingriff sei jedoch nicht nötig. (dabu) 27



Sicherheitsleck im Bundeshaus

Bern Im Bundeshaus ist der Einsatz von KI allgegenwärtig: Parlamentarierinnen und Parlamentarier nutzen vor allem Übersetzungstools, teilweise aber auch deutlich heiklere Anwendungen. Mehrere Quellen berichten nun, dass ganze Kommissionsprotokolle in KI-Systeme hochgeladen wurden, um automatisierte Zusammenfassungen zu erstellen.

Damit gelangen vertrauliche Informationen – darunter Aussagen des Bundesrats – in die Datenbanken ausländischer Tech-Konzerne, was eine Verletzung des Amtsgeheimnisses darstellt.

Parlamentsdienste missachten Sicherheitsvorgaben ebenfalls

Die Parlamentsdienste betonen, dass klassifizierte oder sensible Daten nicht in öffentliche KI-Tools eingegeben werden dürfen; konkrete Fälle seien ihnen nicht bekannt. Doch auch die Dienste selbst missachten teils die geltenden Sicherheitsvorgaben: Vertrauliche Dokumente wurden über Microsofts Standard-Maildienst verschickt.

Da amerikanische Behörden auf Daten von US-Firmen zugreifen können, besteht die Gefahr, dass vertrauliche Schweizer Informationen mitgelesen werden. Politiker verschiedener Parteien kritisieren diesen Umgang scharf. (bro) 18

Baugesuche für grössten Schwyzer Bau



Für das Verwaltungs- und Sicherheitszentrum Kaltbach – den teuersten Neubau des Kantons Schwyz – liegen zurzeit zwei Baugesuche auf: eines davon für zwei Lichtsignalanlagen auf der Erschliessungsstrasse. 3

Bild: Erhard Gick

Lawine an Lastwagen droht

Alpen Das System der «rollenden Autobahn», bei dem Lastwagen auf Zügen durch die Alpen transportiert werden, hat ausgedient: Am 12. Dezember endet dieser Gütertransport. Damit dürfte die Zahl der Lastwagen auf den Strassen weiter ansteigen. Heute durchqueren fast eine Million Lastwagen die Alpen, das Gesetz sieht eigentlich ein Maximum von 650'000 alpenquerenden Camion-Fahrten vor. Die Gütertransportbranche warnt vor einem Systemkollaps. (lo) 23



49

Inhalt

Marktplatz	6	Küssnacht	11, 13	Todesanzeigen	14	Zentralschweiz	15	Schwerpunkt	17	Fernsehen	26	Piazza	31
Leserbriefe	11	Immobilien	12	Kirche	14	Denksport	16	Börse	24	Sport	27-30	Letzte Seite	32

Die Vergangenheit holt den Kanton Schwyz ein

Dem Kanton Schwyz droht wegen des Umgangs mit Jenischen eine Klage wegen Völkermord.

Jürg Auf der Maur

Was der «Beobachter» in seiner neuesten Ausgabe an die Öffentlichkeit bringt, lässt einen nicht nur aufhorchen, sondern frieren: Derzeit wird geprüft, ob gegen den Kanton Schwyz als Rechtsvertretung eine Klage wegen Völkermord respektive «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» eingereicht werden soll.

Alois Kappeler, ein betroffener Jenischer, der 21 Jahre lang bevormundet und bis heute für seine Qualen nicht entschädigt wurde, beauftragte die renommierte Völkerstrafrechtlerin Nina Burri, eine entsprechende Staatshaftungsklage gegen den Kanton Schwyz zu prüfen. Kappeler war bis 1990 bevormundet durch den kantonalen «Schutzaufsichtsbeamten» Josef Schelbert. Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt, Kappeler sesshaft zu machen. Kappeler wurde gemäss dem «Beobachter» als Baby seiner Familie entlassen und in Psychiatrien gedemütigt. Historisch waren die Jenischen eine fahrende Volksgruppe, die von nomadischem Reisen, insbesondere mit Wohnwagen, geprägt war.

Nationale Lösung bleibt «willkommen»

Mit seinem Schritt will Kappeler jedoch Bemühungen auf nationaler Ebene nicht torpedieren, sondern würde, so Anwältin Burri, eine breitere Lösung der Aufarbeitung durch den Bund und die Kantone, die allen Betroffenen zugutekäme, sehr willkommen heissen.

Burri war einst Assistenz-Staatsanwältin am Internationalen Strafgerichtshof Den Haag. Sie gewann im letzten Jahr einen Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit am Bundesstrafgericht. Damals ging es um einen afrikanischen Despoten. Bald kommt die zweite Verhandlungsrunde.

«Wir sind dabei, die Akten zu analysieren, das braucht Zeit», führte sie gestern gegenüber dem «Boten der Urschweiz» aus und bestätigte die Recherchen des «Beobachters». Burri



In der Zwangsarbeitsanstalt Kaltbach ob Schwyz, hier im Bild zirka 1960, wurden die Eltern von Alois Kappeler weggesperrt. Nicht nur «Verwahrlose», auch Jenische sollten so vom Staat auf eine richtige Bahn gebracht werden.

Bild: Aerofoto, Winterthur/Staatsarchiv Schwyz (SG.CIV.09.1933)



Alois Kappeler wurde den Eltern entlassen und 21 Jahre lang verwahrt. Nun hat er eine Anwältin beauftragt, eine Klage gegen den Kanton wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu prüfen.

Bild: zvg

stützt sich auch auf Aussagen der Neuenburger Strafrechtsprofessorin Nadja Capus, diebrisante Aussagen zur Verfolgung der Jenischen in der Schweiz bis 1973 machte. Gemäss Capus gibt es «starke Indizien» dafür, dass sich der Schweizer Beamte Josef Schelbert – er ist mittlerweile verstorben – «nicht nur des Straftatbestandes der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch des Straftatbestandes des Völkermordes schuldig gemacht haben könnte».

Anwältin Burri sieht schwere Tatbestände

Schelbert war unter anderem Schutzauftragter und Kantonsratspräsident. Er wurde nie eines Verbrechens angeklagt, für ihn gilt deshalb die Unschuldsvermutung. Opferanwältin Burri zielt aber nicht auf ihn, sondern auf seinen Arbeitgeber, den Kanton Schwyz. Sie sieht gemäss «Beobachter» Indizien für schwerste Verbrechen. «Aufgrund der Aktenlage könnten Schelbert möglicherweise die Tatbestände Verbrechen gegen die Mensch-

Bei minus 17 Grad Familie fortgeschickt

Als Josef Schuler 1995 im Rahmen eines «Bote»-Samstagsgesprächs nach einem konkreten Fall aus seinem Arbeitstag gefragt wurde, gab er folgende Auskunft: «Ich kann mich gut an den Auftrag erinnern, eine Landfahrer- oder mit dem gröberen Wort Feckerfamilie von Seewen fortzuschicken. Es war ein kalter Januar mit minus 17 Grad. Der Vater der Familie lag mit einer Blinddarmentzündung im Spital. Im Anhänger bei der heutigen Kunsteisbahn (...) wohnten drei Buben im Stroh. Die Familie hatte

fast nichts zu essen, die Mutter ging ins Kollegium betteln. (...) Der Polizeikommandant sagte dazumal, ich hätte offenbar ein weiches Herz, leitete den Rapport aber doch an die Gemeinde weiter. (...) Als ich später Schutzaufsichtsbeamter war, machte ich einen Besuch in Witzwil, einer bernischen Strafanstalt. Ich wollte mich gerade verabschieden, als ein Polizeiwachtmeister mit zwei neuen Häftlingen ankam – es waren zwei dieser Buben. Das hat mir bestätigt, wie die Situation sich entwickelt.» (adm)

lichkeit, Völkermord oder Folter» vorgeworfen werden.

Hintergrund ist nicht zuletzt eine Arbeit der beiden Historikerinnen Sara Galle und Miriam Häslar, die 2019 einen Bericht über Schelbert veröffentlichten. Die Minstudie sei, so der «Beobachter», für die unabhängige Expertenkommission entstanden, die der

Bundesrat zur Aufarbeitung der Geschichte der Verdingkinder und der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingesetzt habe. Im Bericht heißt es, «es gab wohl nur wenige Beamte im Fürsorgebereich mit einer ähnlich grossen Machtfülle wie Josef Schelbert». Er habe diese Macht genutzt, um Jenische zu einer sesshaften Lebensweise zu

zwingen. «Hausieren» galt für ihn nicht als richtige Arbeit.

Für Regierungsrat Meier heute «unvorstellbar»

Der heute zuständige Regierungsrat, Gesundheits- und Sozialdirektor Damian Meier, gab sich gegenüber dem «Beobachter» zurückhaltend und bedauert den damaligen Zeitgeist, der solche Schicksale ermöglichte. «Schweizweit versuchten – mit welcher (damaliger) Motivation auch immer – Behörden und Beamte, Menschen, deren Lebensweise nicht dem bürgerlichen Gesellschaftsbild des damaligen Zeitgeistes entsprach, kompromisslos umzuerziehen.» Und weiter: «Dass Betroffene wie Herr Kappeler dabei massives Leid erfuhr, ist zutiefst bedauerlich.»

Ein solches Vorgehen sei «für uns heute unvorstellbar». Zur allfälligen Staatshaftungsklage könne und dürfe er sich aber nicht äussern, da der Regierungsrat als Gesamtbehörde den Kanton nach aussen vertrete und ihm die Prozessführung gegen den Kanton gemeinsam obliege.

SVP fordert mit Initiative Wohncontainer für Asylsuchende

Da die Wohnungssuche im Bezirk Einsiedeln für Einheimische ein «Albtraum» sei, sollen Asylsuchende in Containern untergebracht werden.

Dominik Jordan

«Der Wohnungsmarkt im Bezirk Einsiedeln ist angespannt – insbesondere im Bereich des zahlbaren Wohnraums für Einheimische.» Das steht in einer Mitteilung der SVP Einsiedeln. Darin kündigt die Partei die Lancierung einer Initiative an. Mit dieser soll der Bezirksrat dazu gebracht werden, «die heutige Praxis der Unterbringung sämtlicher Asylsuchender in regulären Wohnliegenschaften» grundsätzlich zu beenden.

Vielmehr sollen die Asylsuchenden in Containern untergebracht werden, wie die SVP weiter mitteilt. Der Bezirksrat soll darlegen, wie hoch die Investitions- und Betriebskosten von Containern im Vergleich zur Unterbringung in bezirkseigenen und angemieteten Wohnungen sind. Weiter sollen die Auswirkungen auf den Einsiedler Wohnungsmarkt so-



Im alten Schulhaus in Trachslau werden Asylwohnungen eingerichtet. Die SVP will solche Lösungen in Zukunft verhindern.

wie auf das Budget aufgezeigt werden.

Bezirksrat lehnte Container in der Vergangenheit ab

«Es ist zu befürchten, dass weitere Umnutzungen bezirkseigener Liegenschaften, wie etwa des Hauses Raben, ebenfalls ausschliesslich Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden sollen», begründet die SVP diesen Schritt. «Zudem müssen auch auf dem privaten Wohnungsmarkt immer mehr Wohnungen für (sozialhilfebeziehende) Asylsuchende dazugemietet werden.» Hingegen werde die Wohnungssuche für Einheimische zunehmend zum «Albtraum». «Mit der Unterbringung von Asylsuchenden in Containern würde sich der Wohnungsmarkt für Einheimische entspannen», ist die SVP überzeugt.

Die Containerlösung ist nicht zum ersten Mal Thema in Einsiedeln. Be-

reits als es darum ging, das alte Schulhaus Trachslau in Wohnungen für Asylsuchende umzubauen, wurden Container als mögliche Alternative ins Spiel gebracht. Der Bezirksrat sprach sich in der Botschaft zum Geschäft im September 2024 aber dagegen aus. Man habe Kauf und Miete von Wohncontainern für 25 Personen geprüft, hiess es damals. «Beide Optionen wurden aus Kostengründen verworfen.» Ein Kauf hätte damals laut Bezirksrat rund 1 Million Franken gekostet. «Eine Miete würde – inklusive Installationsaufwand – bereits für drei Jahre Kosten in doppelter Höhe verursachen.»

Im alten Trachslauer Schulhaus können derweil die Umbauarbeiten in die Hand genommen werden. Der Bezirk teilte vergangene Woche mit, dass die gegen das Baugesuch eingereichten Beschwerden abgewiesen respektive zurückgezogen worden seien (wir berichteten).